

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit den tags Unterhaltungsbeilagen (Lesen, Wollen, Kunst) sowie den Frauen- und Jugendbeilagen einschließlich Erntegeldes monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen überlässt Nr. 275, eines Kreuzbandes für Deutschland und Österreich-Ungarn 25 Pf. — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: Nr. Jungferstraße 14, II. Et. 3165.  
Sprechstunde: nur Wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Nr. Jungferstraße 14 Et. 1769.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden der gewöhnlichen Preistabelle mit 50 Pf. berechnet, bei einmaliger Beberstaltung wird Rabatt gewährt. Vereinsangelegenheiten 25 Pf. Interessanten müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abzugeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 18.

Dresden, Donnerstag den 23. Januar 1913.

24. Jahrg.

Die Berliner Parteigenossen billigten in einer Anzahl Parteiverfassungen die Beschlüsse des preussischen Parteitag zur Wahlrechtsfrage.

Die Einigungsverhandlungen im Sangewerbe werden fortgesetzt.

In Konstantinopel wurde der Beschluß des Nationalrats, der die Forderung des Friedensschlusses auf der Grundlage der Wächtenote antrat, mit Zustimmung angenommen.

Das Ministerium v. Sarrailh wird sein Programm in der Kammer und im Senat am Freitag vorlesen.

Im Laufe plötzlichen Anstiegs eines Berges sind in Arabien 350 indische Pilger ertrunken.

In der Stadt Schürbrunn wurde das Gaswerk durch eine Explosion zerstört. 40 Menschen sollen getötet oder verwundet sein.

## „Die Armee“ als Rüstungstreiber.

Der Berliner Lokal-Anzeiger veröffentlicht einen sehr beachtenswerten Artikel zur Frage der Heeresvermehrungen. Beachtenswert nicht bloß, weil dieser aus einflussreichen Kreisen geleitete Blatt für die baldige Einbringung einer umfassenden neuen Militärvorlage eintritt, sondern noch mehr darum, weil es „Die Armee“ selbst als eigentlichen Treiber des Rüstungswesens enthüllt.

Der Artikel sagt logisch in seiner Ueberschrift: „Die Forderungen der Armee“. Die Armee wird als aktiver Faktor bei der Verteilung dessen, was für die Rüstung Deutschlands nötig sei, eingeführt. Es wird über die Stimmung und über die Forderungen „der Armee“ wie folgt berichtet:

„Wer im Laufe der jahrelangen internationalen Krisis — man kann ihren Beginn in das Jahr 1905 legen — die Stimmung in unserem Heer beobachtet und mit Offizieren aller Rangstufen in die Lage gekommen ist, der kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die ursprünglich vorhandene Freundschaft und Zuneigung allmählich einer fast pessimistischen Auffassung gewichen ist. Diese Wandelung ist wenig erfreulich, aber noch schlimmer ist es, daß sie ihre Berechtigung hat. Sie entspringt der Ueberzeugung, daß alle diplomatischen Schritte den Ausbruch eines Weltkrieges, der zugleich ein Kampf bis zum bitteren Ende sein würde, wohl aufhalten, niemals aber verhindern können, wenn die deutsche Rüstung nicht so fortwähre, daß sie jeden möglichen Gegner vor einem Angriff auf uns zurückzureden läßt. Und die Sorge in unserem Heer kommt wieder daher, daß wir seit Jahren in Bezug auf die Rekrutierung unserer Rüstung im wesentlichen stehen geblieben sind.“

Es bedarf keiner näheren Darlegung von der Unrichtigkeit und Unsinngkeit der Anschauungen, die nach dieser Darstellung in den Offizierskreisen herrschen sollen. Alle die kostspieligen Militärvorlagen der letzten Jahre sollen nichts bedeuten, das tiefste Anwachsen des Militärretais wird als unbedeutlich hingestellt. Mit einer Leichtfertigkeit ohne gleichen wird über die ungeheuren Kosten geurteilt, die das Volk für die Kriegsrüstung zu tragen hat. Aber von noch größerer Bedeutung ist es, daß in den Offizierskreisen so offen mit der Idee des Weltkrieges gespielt wird. Da ist nur ein Schritt bis zu dem Stoffweiser des Generalfeldmarschalls v. d. Golz: Wenn es nur erst losginge!

Der Artikel des Lokalanzeigers zählt dann „die Klagen, die man immer wieder in Offizierskreisen hört“, auf. Das ist das ganze Programm derer, die schon seit Monaten in den chaotischen Militärkreisen noch allen möglichen „Lüdenausfüllungen“ kreieren: Ausbildung des letzten wehrfähigen Mannes; Aufstellung der dritten Patalone, wo sie noch nicht vorhanden sind; mehr Wehrdienstkompanien; mehr Artillerie, technische Truppen, Kavalleriekompagnien usw. Alle diese Forderungen werden erhoben mit spitzigen Bemerkungen gegen die Heeresverwaltung. Das Kriegsministerium wird beschuldigt, daß es „längst gerügte und offensichtliche Mängel unserer Heeresorganisation noch immer nicht ausgeglichen“ habe.

Es klingt geradezu wie die Empörung der Armee gegen die Leitung. „Die Armee“, das sind natürlich lediglich die Offizierskreise, die vollgelesen erscheinen mit nationalistischen und chauvinistischen Anschauungen. Man legt fest, die Soldaten dürfen sich in die Politik nicht mischen. Aber jetzt zeigt es sich, daß das Offizierskorps der Regierung eine Politik aufzudrängen sucht. Die Regierung, der Reichskanzler und der Kriegsminister — aber auch der „höchste Kriegsherr!“ — wissen nicht mehr, was nötig ist, die Offiziere wollen ihnen die Wege weisen. „Die Armee“ ist im Begriff, sich mehr denn je zum Gebieter über die deutsche Politik und über die deutsche Diplomatie aufzuwerfen. Es ist auch nicht zu bezweifeln, daß die „verantwortlichen Stellen“ diesem Treiben mehr und mehr nachgiebig sein werden, obgleich sie sich selbst nicht verhehlen können, daß das Verhältnis zu den ausländischen Staaten dadurch überaus ungünstig beeinflusst werden muß.

Es verlaute gegenwärtig, daß die Beziehungen Deutschlands zu England und zu Frankreich in der Besserung begriffen seien. Eine solche erfreuliche Entwicklung würde aber gebindert und unmöglich gemacht werden, falls es dem Soldaten mit seinen einseitigen Anschauungen und unvernünftigen Forderungen gestattet wird, auf die Politik Einfluß zu nehmen. Die Forderungen der Armee werden in Deutschland ein Schofmann, das jedem Nachdenkenden sagt, daß sich Treiben unter Land nicht zur Ehre, sondern in schwerste Schäden führt!

## Der Balkanfriede gesichert!

Was gestern wie schöne, unbestimmte Hoffnung klang, gilt heute schon als sicher! Die Waffen der Balkangegegnen werden ihre blutige Arbeit nicht wieder aufnehmen. Der Konstantinopler Nationalrat hat sich für Annahme der Wächtenote und für Friedensschluß auf dieser Grundlage ausgesprochen. Adrianopel ist am längsten türkisch gewesen. Der Ministerrat wird den Wächten heute die nachgiebige Antwort vorlegen, und was bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages noch kommt, ist unbedeutendere Formenfrage. Der Sieg des Elementums auf der Balkanhalbinsel ist damit zur vollenbedeutenden Tatsache geworden, und der Umstand, daß dieser Sieg zuletzt mit diplomatischen Mitteln, durch das Eingreifen der Tripartente, gewonnen wurde, gibt ihm eine Bedeutung, die weit über die Grenzen der Balkanstaaten hinausreicht. Wenn jetzt die allbulgarische Presse, der sich selbsterweise auch das Berliner Tageblatt angeschlossen hat, die deutsche Regierung angreift, weil sie die Kollektionnote billigt und damit den Druck auf die Türkei verstärkt hat, so ist das ganz falsch. Die deutsche Politik hat lange genug auf der Seite der Berliner gelegen und sie hätte sich die schwerste Verantwortung aufgebürdet, wenn sie einen internationalen Konflikt insiziert hätte um einer Sache willen, die doch nicht mehr zu halten ist.

Daß der Ausgang der Londoner Verhandlungen einen Mißerfolg des Deutschen Reiches darstellt, wird kaum zu bestreiten sein. Aber die Ursachen dieses Mißerfolges liegen nicht in der Haltung, die die deutsche Diplomatie in den letzten Wochen und Tagen eingenommen hat, sie liegen in der allgemeinen Orientierung der deutschen Politik seit vielen Jahren. Wie in Marokko hat auch in der Türkei die deutsche Regierung die Möglichkeiten der Entwicklung ganz falsch eingeschätzt, wie dort muß sie auch hier wieder erleben, daß es ganz anders kommt, als man wollte. Weder in Marokko, noch in Tripolis, noch in Persien, noch schließlich in diplomatischen Kreisen um Adrianopel hat der Islam aus der deutschen Freundschaft irgend einen Vorteil gezogen, überall wird er zurückgedrängt. Und geradezu fähig mutet der Bericht der deutschen Offiziere an, die angeblich „mit der Fassung“ der Kollektionnote als einen deutschen Erfolg empfindend in Erinnerung zu bringen. Die deutsche Freundschaft hat der Türkei nichts genutzt, sie hat nur Deutschland geschadet.

Der allgemeine Eindruck, daß sich hinter der äußerlichen Einigkeit der Mächte ein tatsächliches Heberwiegen der Tripartente verbirgt, wird in unerwarteter Weise durch die Nachricht verstärkt, daß Russland von Frankreich gedeckt, einen besonderen Schritt gegen die Türkei unternommen und mit dem Einmarsch russischer Truppen in Armenien gedroht habe, falls die türkische Regierung sich den Forderungen der Kollektionnote widersetze. Ein solcher Schritt, für den Russland wohl das internationale Mandat gefehlt hat, würde, wenn er wirklich erfolgt sein sollte, nur zeigen, was sich der Panislamismus herausnehmen kann dank der unglückseligen Fehler der deutschen Politik.

Liegt Fehler der deutschen Politik bestehen nicht nur in einer breiten zur Schau getragenen und ganz hoffnungslosen Freundschaft für die untergehende Macht des Islams, sie bestehen noch viel mehr in ihrer Haltung gegen das Slawentum, die, in Verbindung mit dem leider immer noch bestehenden Gegenlag zu den Westmächten, geradezu verhängnisvoll wirken muß. Während die deutsche Politik dem Panislamismus hofierte, hat sie sich allen Volkskräften des Slawentums feindselig gegenübergestellt. Sie hat eben auch hier die alte schlechtere Weise befolgt, sich mit dem Abwehrdenken zu verbinden, um aufstrebendes zu bekämpfen. Diese Politik ist schon widersinnig genug, wo sie sich gegen jene slavischen Stämme wendet, die, wie die Polen, mit dem Deutschland in unmittelbarer Berührung stehen, sie aber geradezu zu einem methodischen Wahnwitz aus, wenn sie sich gegen jene Volksstämme richtet, wie die Serben und Bulgaren, von denen dem „deutschen Volkstum“ wirklich keine wie immer auch geartete Gefahr droht. Wer bisher damit einverstanden war, daß die deutsche Regierung durch das Flottenwettstreben zum deutsch-französischen Gegenlag auch noch den deutsch-englischen Kampf und daß sie zugleich durch ihre Polen- und Balkanpolitik das ganze Slawentum gegen sich aufbrachte, der hat kein Recht, ihr einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie zuletzt in eine unhaltbare Situation getrieben ist, aus der sie sich nur schwer mit einigen Anstehen hinausmanövrieren konnte.

Wäre die gegenwärtige Haltung der deutschen Regierung als ein Versuch zu denken, aus den Fehlern der Vergangenheit etwas zu lernen, so dürfte man sie nur begrüßen. Zeit wäre es einzugehen, daß auch die schönsten Militärvorlagen der deutschen Politik nicht seinen überwiegenden Einfluß in der europäischen Politik sichern und daß die zunehmende Vereinigung nach drei Fronten die Stellung Deutschlands in der Welt nicht stärkt. Indes wird niemand so betrogen sein, die Hoffnung zu hegen, daß eine entscheidende Wendung der deutschen auswärtigen Politik zum Vorrücken bevorsteht. Man wird im Gegenteil „mit Rücksicht auf die Weltlage“ neue Rüstungsforderungen erheben und weiterhin den Wahn nähren, als ob sich das Reich im Vertrauen auf keine „schimmernde Behr-

auch weiterhin eine Politik leisten könne, die bisher immer noch zu diplomatischen Mißerfolgen geführt hat.

Die Abtretung Adrianopels sichert den Frieden für die Gegenwart, aber die armenischen Trübsungen Rußlands werfen düstere Schatten in die Zukunft. Wie lange wird die asiatische Türkei leben, wie und von wem wird sie leben? Schon kleinen die Finanzkräfte der türkischen Regierung den Kapitalmächten den Gegenstand neuer Rivalitäten.

### Friedensfreude in Konstantinopel.

Konstantinopel, 22. Januar. Die Nachricht vom Beschluß des Ministerrates, die abends in der Stadt bekannt wurde, machte großen Eindruck und wurde selbst vom türkischen Publikum mit Beifriedigung aufgenommen.

Konstantinopel, 22. Januar. Wenn nicht ganz Unerwartetes eintritt, kann der Friede in wenigen Tagen abgeschlossen sein. Die Öffentlichkeit hat sich bereits mit der Abtretung Adrianopels abgefunden, fordert aber gewisse Garantien für die Zukunft, insbesondere für den ungesicherten Besitz Konstantinopels, sowie finanzielle Unterstützung zur wirtschaftlichen Hebung des Landes. Möglicherweise erfolgt schon heute abend die Heberhebung der Antwort der Pforte an die Wächter. Das Schriftstück ist vorbereitet und soll nach der Sitzung der Nationalversammlung den Volkskräften übergeben werden. Für die Öffentlichkeit wird die Parole ausgesprochen, daß nicht die militärische, sondern die finanzielle Lage die Türkei zwingt, den Rat der Mächte anzunehmen.

### Die Antwortnote.

Wien, 22. Januar. Der Inhalt der Note, die die Pforte den Mächten überreichen will, wird aus diplomatischen Kreisen wie folgt fixiert: Die Note wird aus drei Punkten bestehen. Der erste Punkt betrifft Adrianopel. Die Pforte wird im Grundprinzip sich dem Rate der Mächte nähern, jedoch eine Aufklärung fordern, was unter „Wahrung der mohammedanischen Interessen“, wovon in der Kollektionnote der Mächte die Rede ist, zu verstehen ist. Der zweite Punkt betrifft die armenischen Inseln; auch hier wird die Pforte von den Großmächten Aufklärung verlangen, nach welchem Prinzip sie die Frage zu lösen gedenken. Der dritte Punkt betrifft den finanziellen Teil. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Pforte die Erwartung ausdrückt, daß die Großmächte ihr ihre Unterstützung zuteil werden lassen. Wahrscheinlich wird die Türkei eine große Anzahl aufnehmen, um die geplanten Reformen in Kleinasiens durchzuführen.

### Die Geschäftigkeit der Jungtürken.

Konstantinopel, 22. Januar. Die Führer des jungtürkischen Komitees, die vorgestern beim Prinzen Kamilli zusammenkamen, nahmen Kenntnis von dem Verlaufe über die diplomatische Lage, den der frühere Minister des Auswärtigen Hüsnü Bey, der sich in Wien aufhält, berichtet hatte. Die jungtürkischen Führer beschließen, daß, falls die von dem Ministerrat heute abgegebenen Erklärungen unzureichend sein würden, ein Senator der jungtürkischen Partei vorschlagen solle, daß die Regierung den Ministerrat noch einmal einberufe und alle Offiziere bis zum Brigadegeneral herab, sowie alle Wächtertage und früheren Minister zuziehe, um sie einen Entscheid über Frieden oder Krieg lassen zu lassen. Hüsnü Bey und Mahmud Schefket Pascha haben an dem Ministerrat nicht teilgenommen.

### Türkische Verluste bei der letzten Seeschlacht.

Konstantinopel, 22. Januar. Der letzte Artilleriekampf zur See kostete den Türken an Toten 5 Offiziere und 60 Mann, an Verwundeten 200 Mann.

### Zur Abgrenzung Albanien.

Wien, 22. Januar. Mit der Aufnahme der Verhandlungen über die Abgrenzung Albanien ist die Vorschläge-Neuaktion heute in ein kritisches Stadium eingetreten. Der Bericht der Türkei um Adrianopel und die Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien legen auf der Linie der gemeinsamen Interessen der Großmächte und so rechnet man in der Diplomatie bei großem Spielraum, dem man dem Zufall und unvorhergesehenen Ereignissen gibt, noch mit einer befriedigenden Lösung, die auch gar nicht lange auf sich warten lassen wird. In der Frage der Abgrenzung Albanien aber treten sich zum ersten Male beide Mächtegruppen mit verschiedenen Interessen gegenüber. Jedenfalls bemühen sich Serbien und Montenegro, ebenso die inspirierte russische Presse, auf die Tripartente stark zu drücken mit der Drohung, daß bei weiteren Nachgeben die Tripartente ihr ganzes Prestige bei den Serben verlieren könne und damit der ganze Balkanbund, in dem nur die Serben entschieden dreckhumbfreundlich seien, für die Entente verloren gehen werde. Das ist ein Argument, dem man die Wirkung nicht absprechen kann, und so macht man sich an hohen diplomatischen Stellen noch auf recht bewegte Tage gefaßt.

## Deutsches Reich.

### Der Länder Verdrüss.

Auf Herrn Verdrüss sind die Konfessionsdeklaration bekanntlich schon wegen seiner Haltung zu ihrem Freirepostenantrag sehr schlecht zu sprechen. Durch seine Stellungnahme zur Frage der Wohnungsgelegenheit hat er es mit den Konfessionsdeklarationen offenbar noch mehr herabgesetzt. Verdrüss hat ja versucht, auf Verdrüss einen gewissen Druck auszuüben, um die Einbringung eines preussischen Wohnungsgesetzes herbeizuführen.

nicht durch die nachfolgenden Zeilen...  
Sollte er den...  
entwähnt...  
in die...  
entwähnt...  
entwähnt...

Sollte er den...  
entwähnt...  
entwähnt...  
entwähnt...

Sollte er den...  
entwähnt...  
entwähnt...  
entwähnt...

Sollte er den...  
entwähnt...  
entwähnt...  
entwähnt...